

H  
May 21  
IX - 3530

AUSTRIA

SMALL BUSINESS-MEN WANT TO PREVENT NATIONALIZATION OF USIA

STORES

SOURCE VIENNA: Functionary of the Chamber of Commerce for Lower Austria, Vienna office.

DATE OF OBSERVATION: Early May 1955

SUMMARY : The Socialists want these stores, which are to be turned over by Russia after the Treaty comes into force, to be nationalized. The small shopkeepers, to whom these stores have always been a thorn in the side, would like them closed down.

EVALUATION COMMENT : Attention Economic Editors

x x x

Die Interessengemeinschaften der Kaufleute in WIEN, Niederösterreich und im Burgenland planen derzeit Schritte, um eine Uebernahme auch der USIA - Detailgeschäfte durch das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe im Zuge einer eventuellen Verstaatlichung des ganzen USIA-Komplexes zu verhindern. Damit stehen die Kaufleute in striktem Gegensatz zu massgeblichen Kreisen der Sozialistischen Partei, die ihre Verstaatlichungspläne auch auf dem Sektor des Detailhandels durchführen wollen.

Diese sozialistischen Kreise vertreten folgenden Standpunkt: Der Staatsvertrag wird Oesterreich den gesamten USIA-Komplex überantworten. Nun ist bereits im Jahre 1946 ein Teil der USIA-Betriebe durch das erste Verstaatlichungsgesetz in den Besitz der Republik Oesterreich übergegangen; Dieses Gesetz konnte aber infolge der Beschlagnahmen der Betriebe durch die Sowjets nicht durchgeführt werden, sodass es sich bei diesen Betrieben bisher nur um eine theoretische Verstaatlichung handelte. Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages aber wird die Verstaatlichung automatisch wirksam werden und die in Frage stehenden Betriebe werden dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe unterstellt werden. Die USIA-Detailverkaufsläden seien aber nun ein Teil des USIA-Komplexes und als solcher ebenfalls zu verstaatlichen.

(Over)

Allerdings wird bei dieser Argumentation vergessen, dass sich das Verstaatlichungsgesetz von 1946 nur auf 15 Betriebe bezieht, die echtes deutsches Eigentum darstellen die übrigen der rund 300 Betriebe sind von diesem Verstaatlichungsgesetz nicht berührt.

Demgegenüber stehen die Kreise, die der Oesterreichischen Volkspartei nahestehen, auf dem Standpunkt, dass die Weiterführung der USIA-Detailgeschäfte durch Oesterreich rechtlich unhaltbar sei.

Die Sowjets haben im Jahre 1945 nur solche Betriebe - vorwiegend Fabriken - für sich in Anspruch genommen, die zu diesem Zeitpunkt sogenanntes "Deutsches Eigentum" waren. Das bedeutet also, dass es sich nur um solche Betriebe gehandelt haben konnte, die damals schon b e s t a n d e n haben. Nun ist aber allgemein bekannt, dass die USIA-Detailgeschäfte erst viele Jahre s p ä t e r ins Leben gerufen worden sind, und zwar nicht von den Betrieben, sondern von der Verwaltung dieser Betriebe, nämlich der USIA, also einer sowjetrussischen Institution, die weder mit dem "Deutschen Eigentum" noch mit den österreichischen Verstaatlichungsgesetzen etwas zu tun hat. Die USIA-Detailgeschäfte sind daher auch nicht durch das 1. Verstaatlichungsgesetz mitverstaatlicht worden. Die USIA Geschäfte sind auch nach österreichischer Rechtssprechung immer als e x t e r i t o r i a l a Betriebe einer Besatzungsmacht behandelt worden. Die USIA-Detailgeschäfte sind daher nach österreichischen Recht nicht existent, und müssten nach Abschluss des Staatsvertrages geschlossen werden.

Die genannten Kreise sind der Meinung, dass die Rechtsberater des Bundesministeriums für verstaatlichte Betriebe diese Rechtslage nach einer genaueren Prüfung einsehen werden, im gegenteiligen Fall will sich die Kaufmannschaft mit allen rechtlich verfügbaren Mitteln gegen diese Auffassung wehren.

End